

25.07.84

AS - Fz - G - In

Antrag

der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Niedersachsen und
Schleswig-Holstein

EntschlieÙung des Bundesrates zur Anpassung der Bundespflege-
satzverordnung an das Krankenhausfinanzierungsgesetz

DER MINISTERPRÄSIDENT DES
LANDES BADEN-WÜRTTEMBERG
Nr. 3364

Stuttgart, den 20. Juli 1984

An den
Herrn Präsidenten des Bundesrates

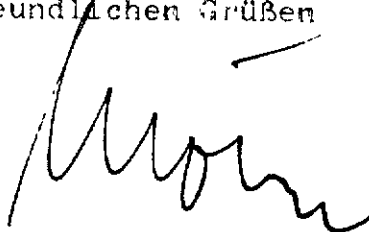
Sehr geehrter Herr Bundesratspräsident,
die Landesregierungen von Baden-Württemberg, Bayern, Nieder-
sachsen und Schleswig-Holstein haben beschlossen, dem Bundes-
rat den in der Anlage beigefügten Antrag für eine

EntschlieÙung des Bundesrates zur Anpassung
der Bundespflegesatzverordnung an das Kran-
kenhausfinanzierungsgesetz

zuzuleiten.

Ich bitte, die Vorlage gemäß § 36 Abs. 1 der Geschäftsordnung
des Bundesrates den zuständigen Ausschüssen zur gemeinsamen
Beratung mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung der
Krankenhausfinanzierung zuzuweisen.

Mit freundlichen Grüßen



A n l a g e

EntschlieÙung des Bundesrates zur Anpassung der
Bundespfllegesatzverordnung an das Krankenhaus-
finanzierungsgesetz

Der Bundesrat geht davon aus, daß die Bundesregierung die Bundespfllegesatzverordnung auf der Grundlage des seit 1982 vorliegenden Vorentwurfs der Änderung des Bundespfllegesatzverordnung rechtzeitig dem Krankenhausfinanzierungsgesetz anpaßt, so daß die Neufassung der Bundespfllegesatzverordnung möglichst zusammen mit dem Gesetz in Kraft treten kann.

05.10.84

Beschluß**des Bundesrates**Entschlieung des Bundesrates zur Anpassung der Bundespflege-
satzverordnung an das Krankenhausfinanzierungsgesetz

Der Bundesrat hat in seiner 541. Sitzung am 5. Oktober 1984
die nachstehende Entschlieung gefaßt:

Der Bundesrat geht davon aus, daß die Bundesregierung unverzüglich den Ländern ihre Vorstellungen über die Anpassung der Bundespflegesatzverordnung unter Berücksichtigung der Erörterungen zur Neufassung der Bundespflegesatzverordnung (Stand 1982) mitteilt, damit nach Verabschiedung eines Gesetzes zur Neuordnung der Krankenhausfinanzierung ein Inkrafttreten der Bundespflegesatzverordnung wenigstens zum 1. Januar 1986 gewährleistet ist.